

# Merkel macht Druck auf Atombranche

Angela Merkel hat ihre „Energie-Reise“ gestern im niedersächsischen AKW Lingen beendet. Dabei kam es zum ersten Treffen der Kanzlerin mit

Atomkonzernchefs nach deren Anzeigenkampagne gegen die Bundesregierung. Merkel kündigte zusätzliche Belastungen für die Branche an. Die

allerdings durch die Laufzeitverlängerung der Atommeiler vier bis sieben Milliarden Euro jährlich an Zusatzgewinnen einfahren dürfte, wie Energie-

expertin Claudia Kemfert im NP-Interview berichtet. Irritationen gibt es über vermeintliche Gefälligkeitsgutachten.

## Kanzlerin droht Stromkonzernen mit zusätzlichen Beiträgen

VON LUDGER FERTMANN UND KRISTINA DUNZ

LINGEN/BERLIN. Noch vor Angela Merkel sind am Atomkraftwerk Emsland in Lingen die Demonstranten am Ort. Eine große Merkel-Puppe „kungelt“ mit den Chefs der Stromkonzerne in Skelettkostümen um längere AKW-Laufzeiten und die Brennelementesteuer. Dahinter lassen Atomkraftgegner eine „radioaktive Wolke“ aus tausenden schwarz-gelben Ballons in den Regen-Himmel aufsteigen.

### Heißer Herbst

Die Kanzlerin erhält bei ihrem AKW-Besuch einen Vorgeschmack auf den von Umweltverbänden und Opposition angekündigten heißen Herbst, mit dem sie den Regierungsplänen für längere Laufzeiten begegnen wollen.

Dafür erhält die Atomwirtschaft einen Vorgeschmack von dem, was passiert, wenn sie öffentlich Druck auf Merkel macht. Nach außen beherrscht, aber inhaltlich doch bissig, kündigt Angela Merkel Beiträge für die Stromkonzerne über die geplante Brennelementesteuer hinaus an.

Etwas abseits, aber in Hörweite steht Jürgen Großmann, der Vorstandsvorsitzende des Stromkonzerns RWE, Betreiber des AKW Lingen. Die Anzei-

genkampagne der Atomwirtschaft ausgerechnet gegen ihre Regierung, die die Laufzeiten der Meiler verlängern will, hat die CDU-Chefin schwer verärgert. Großmann gehörte zu den Unterzeichnern. Während des Rundgangs mit Merkel betonte er vor Journalisten, die Anzeige habe keinen Druck, sondern eine Diskussion auslösen sollen. Die Debatte hat Merkel aber nun einmal doch als Druck empfunden. Schon vor ihrem Besuch hatte sie mit „totaler Gegenwehr“ gedroht.

Klarheit herrscht deswegen jetzt aber nicht. Merkel sagt noch nichts dazu, um wie viele Jahre die deutschen Atommeiler länger laufen sollen. Sie macht nur deutlich, dass sie nicht in die Gefahr einer Klage geraten will. So antwortet sie auf die Frage, ob es zehn Jahre sein werden: „Das eine ist die Frage der Sicherheit, und das Zweite ist die Frage auch natürlich der rechtlichen Möglichkeiten.“ Zehn Jahre gelten als Obergrenze, wenn die Regierung die Länderkammer umgehen will.

Als „großes Kino“ kritisieren die Grünen den Auftritt der Kanzlerin. Fraktionschefin Renate Künast wirft Merkel vor, mit dem zur Schau getragenen Konflikt mit der Energiewirtschaft und bestellten Gutachten beim industriennahen Energiewirtschaftlichen Institut

EWI (siehe Text rechts) nur verschleiern zu wollen, dass koalitionsintern die Entscheidung für längere Laufzeiten längst gefallen sei.

Vor einem „schmutzigen Deal“ mit der Industrie warnt SPD-Chef Sigmar Gabriel. Um-

weltverbände werfen der Regierung vor, das Potenzial erneuerbarer Energien bewusst herunterzurechnen, um einen Bedarf an Atomstrom nachweisen zu können. Der Herbst dürfte tatsächlich heiß werden.

## Heiße Phase für Energiekonzept. Gutachten umstritten.

VON MARC-OLIVER VON RIEGEN UND ANDRÉ STAHL

BERLIN. Es könnte ein arbeitsreiches Wo-

chenende für Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) werden – womöglich mit Nachtschichten für die Experten beider Häuser. Sie werden Gutachten über den künftigen Energiemix studieren, die heute auf dem Tisch liegen sollen. Bisher scheint nur sicher: Atomkraftwerke bleiben länger am

Netz. Was ist das Ziel der sogenannten Energieszenarien? Die Modelle sollen den künftigen Energiemix durchrechnen. Dabei stehen die Auswirkungen längerer Atomlaufzeiten auf die Strompreise, den Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasen und auf die Einfuhr von Energie aus dem Ausland im Vordergrund.

Die vier Modelle des Energiewissenschaftlichen Instituts der Universität Köln (EWI) und der Prognos AG sind eine Grundlage für das Energiekonzept. Das EWI hat allerdings von den Energiekonzernen E.on und RWE fünf Jahre lang je vier Millionen Euro bekommen – angeblich als Grundsatzförderung ohne Zweck. Wie ist der Zeitplan für das Energiekonzept?

### Gemeinsame Linie

Ursprünglich sollten bereits vor der Sommerpause Eckpunkte vorliegen. Nun bekommen Röttgen und Brüderle heute erst einmal die Gutachten. Am Montag könnte eine erste Bewertung folgen. In den nächsten Wochen müssen sich Umwelt- und Wirtschaftsressort auf eine gemeinsame Linie verständigen, was angesichts von Differenzen – etwa bei der Laufzeitverlängerung, dem Anteil von Kohlestrom und den Kosten für mehr Sicherheit – eine große Herausforderung ist. Die anderen Ressorts sollen später eingebunden werden.

Am 28. September will das Kabinett dann über das Energiekonzept entscheiden. Schon am 1. September berät das Kabinett über die Brennelementesteuer. Sie soll jährlich 2,3 Milliarden Euro für den Bundesetat bringen.

Hier kommen die Länder ins Spiel: Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (CDU) pocht auf eine angemessene Berücksichtigung seines Landes an der neuen Steuer. Mit der maroden Schachtanlage Asse II habe Niedersachsen einen Sonderfall, begründete er gestern

seinen Vorstoß. Die Bundesregierung habe im Koalitionsvertrag festgelegt, dass die Asse saniert werden solle und dass auch die Betreiber einen Teil der Sanierungskosten zu übernehmen hätten.

Wie lange sollen sie denn nun laufen, die Atomkraftwerke? Das ist völlig offen. Brüderle und zahlreiche Unionspolitiker wie CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder wollen, dass die Atommeiler mindestens 15 Jahre länger laufen als im rot-grünen Atomausstieg festgelegt.



Norbert Röttgen

Das wäre etwa bis zum Jahr 2040. Röttgen hält „moderat“ längere Laufzeiten – etwa acht Jahre – für sinnvoll. Bleiben die Kraftwerke länger am Netz, kassieren die Betreiber erhebliche Zusatzgewinne. Für die Laufzeit-Entscheidung ist auch wichtig, ob der Bundesrat beteiligt werden muss, in dem es keine Mehrheit dafür gibt.

Was ist von den Modellrechnungen zu erwarten? Die beiden Institute EWI und Prognos legen vier Modelle vor: Laufzeitverlängerungen von vier, zwölf, 20 und 28 Jahren. In die Szenarien fließen Annahmen über den Ausbau der Öko-Energien und über den Umfang des Energiesparens ein. Allerdings sind die Ziele für den Anteil der erneuerbaren Energien am Strom bei zwei Modellen in einem Zwischenbericht niedriger gewesen, als es der Aktionsplan der Regierung für Öko-Energien vorsieht.



Rainer Brüderle

Umstritten ist, dass es neben den vier Modellen noch ein Basiszenario ohne Laufzeitverlängerung gibt. Es ist aber schwer vergleichbar, weil weniger Klimaschutzmaßnahmen angenommen wurden.



GRUSELIGER EMPFANG: Atomkraftgegner in Skelettverkleidung vor dem AKW Lingen demonstrierten der Kanzlerin, wie sie die Politik der Bundesregierung sehen. Sie forderten die Abschaltung der Atommeiler.



DEBATTE: Kanzlerin Merkel im AKW Lingen mit RWE-Chef Jürgen Grossmann (Mitte) und Gerd Jäger, Chef von RWE Power.

## NP-INTERVIEW

# „Laufzeitverlängerung bringt vier bis sieben Milliarden Euro“

Professor Claudia Kemfert, Energieexpertin beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, ist für einen Zusatzbeitrag der Atombranche.

VON PETRA RÜCKERL

Kanzlerin Merkel hält die Verlängerung der Laufzeiten von Atommeilern für notwendig. Sie auch?

Ich würde dem nur zustimmen, wenn ich wüsste, wie der restliche Kraftwerkspark der Zukunft aussehen soll. In den

nächsten zehn Jahren gehen von den Kohlekraftwerken in Deutschland viele aus Altersgründen vom Netz. Wenn man die alle neu baut – was bisher geplant ist –, brauchen wir die Kernenergie nicht mehr. Umgekehrt bräuchten wir keine neuen Kohlekraftwerke, wenn wir an der Atomenergie festhalten. Das müsste dann aber in einem Energiekonzept festgezurrt werden.

Was bringt die Verlängerung der Laufzeiten den Konzernen an Zusatzgewinnen?

Wir haben verschiedene Szenarien durchgerechnet. Es

hängt davon ab, wie hoch der Strompreis ist und die Kosten der einzelnen Kraftwerke sind. Aber durchschnittlich kann man mit einer Größenordnung von vier bis sieben Milliarden Euro jährlich an Zusatzgewinnen rechnen.

Da verwundert die Anzeigenkampagne der Atomwirtschaft nicht ...

Es trifft ja keine Armen. Es sind sehr reiche Konzerne, die in der Vergangenheit verschont wurden. Man hat ihnen CO<sub>2</sub>-Zertifikate geschenkt, die sie als Zusatzgewinne verbucht haben. Und man hat sie

bisher auch von Steuererhöhungen verschont. Deswegen ist der Ansatz der Brennelementesteuer auch richtig.

Nun fordert Merkel darüber hinaus einen Beitrag der Atomwirtschaft zur Entwicklung erneuerbarer Energien. Ist das nötig?

Auf jeden Fall, das hat die Koalition auch in ihren Koalitionsvertrag hineingeschrieben. Man braucht Geld, um das Energiesystem umzubauen. Die Infrastruktur muss aus-

gebaut werden. Wir brauchen Energiespeicher. Und es muss auch Geld für die Gebäudesanierung bereitgestellt werden. Es muss eine finanzielle Rückendeckung für Investitionen in erneuerbare Energien geben. In der Vergangenheit gab es Fälle, dass Offshore-Windparks nicht gebaut werden konnten, weil die finanziellen Risiken zu hoch eingeschätzt wurden.

Ab heute beschäftigt sich die Bundesregierung mit



Claudia Kemfert

Gutachten vom Energiewissenschaftlichen Institut der Uni Köln zum künftigen Energiemix. Das Institut erhält von den Stromkonzernen RWE und E.on Millionen. Kann man von neutralen Gutachten sprechen?

Es gibt bereits Gutachten. In den letzten Jahren sind Szenarien für jede erdenkliche Konstellation gerechnet worden. Die Regierung hätte einfach zu Beginn sagen müssen, was sie will und wo sie hin will. Dann hätte man diese Gutachten auswerten können, statt zwei neue in Auftrag zu

## Energiemix in Deutschland

Primärenergieverbrauch 1. Halbjahr 2010 und Veränderung zum Vorjahr in Prozent

